



Hilfsvereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 33

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Class-Groth-Strasse. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 12. August 1916

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

30. Jahrg.

Die Erziehung und die berufliche Ausbildung zum Arbeiterschutz.

Der Hinweis auf die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegenüber den gewerblichen Schutzmaßnahmen ist bei allen in Frage kommenden Behörden und in allen Jahresberichten der Berufsgenossenschaften, der Gewerbe- und technischen Aufsichtsbeamten eine ständige Erscheinung. Wenn bei der letzten Berichterstattung auch vielfach die Absicht besteht, die Unternehmer und deren Betriebsleiter auf Kosten der wirtschaftlich abhängigen Arbeiter zu entlasten, so werden doch die Wahrnehmungen und die Erfahrungen der letzten Jahre auch gezeigt haben, daß die auf Tatsachenmaterial gestützten Klagen nicht immer unberechtigt sind. Für die denkenden Arbeiter, besonders für die gewerkschaftlichen Funktionäre, wird es keiner eingehenden Begründung bedürfen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Arbeiter den hygienischen und unfallverhütungstechnischen Maßnahmen bei den Gewerbebetrieben gleichgültig gegenübersteht; eine jahrelange Agitationsarbeit scheint hier auf unfruchtbaren Boden gefallen zu sein. Bei näherer Untersuchung dieses Mißerfolges zeigt sich jedoch, daß wir im voraus bei unserer Tätigkeit die wirtschaftlichen Verhältnisse als Machtfaktor zu wenig geprüft, daß wir sie unterschätzt und die Willenskraft des Arbeiters überschätzt haben. Ein großer Teil der Arbeiter kann infolge der vernachlässigten Schulbildung und Erziehung nicht die stilkliche Kraft aufbringen, um wichtige Kulturforderungen zu unterstützen. Wenn man also Leben und Gesundheit der Arbeiter erfolgreich schützen will, dann muß die Aufklärung über die Wichtigkeit des Arbeiterschutzes schon in der Volksschule beginnen, und die Eltern der heranwachsenden Jugend werden hier unterstützend mitwirken müssen.

Diese Frage ist in unsern Kreisen schon öfters erörtert worden, aber bedauerlicherweise bis jetzt ohne Ergebnis. Die Not des Krieges hat auch hier ein „Umlernen“ veranlaßt. In dem Queblinger Kreisblatt vom 6. Juni dieses Jahres wurde in Kürze eine Anweisung des zuständigen Regierungspräsidenten veröffentlicht, wonach, um die zahlreichen Unfälle bei landwirtschaftlichen Betrieben zu verhindern, verlangt wird, daß in den ländlichen Schulen die Kinder über die Bedeutung der Unfallverhütung und der Unfallverhütungsvorschriften unterrichtet werden sollen. Veranlassung zu diesem Vorgehen hat die Verwendung zahlreicher Kinder in der Landwirtschaft gegeben. Es wird als sehr naheliegend angenommen werden können, daß auf Anweisung des Unterrichts- und des landwirtschaftlichen Ministeriums auch die übrigen Regierungspräsidenten in Preußen ähnliche Verfügungen erlassen haben und daß diese Einrichtung nach dem Kriege weiter bestehen wird. Damit wäre der erste Schritt auf diesem Wege getan. Eine andere Frage ist nur, in welcher Art und Weise diese Belehrung vor sich gehen soll und inwieweit sich die Lehrerschaft diesen Aufgaben gewachsen zeigen wird. Immerhin bietet diese Erziehungstätigkeit für die Landwirtschaft weniger Schwierigkeiten, weil eine große Zahl der Lehrer selbst in der Praxis steht oder davon umgeben ist. Für die gewerblichen Berufe (Handwerk, Industrie usw.) wird die Volksschule eine allgemeine Belehrung über die Anfangsgründe des Gesundheitsschutzes geben müssen; die Fortbildungsschule kann darüber schon hinausgehen.

Die Generalkommission hat auf der letzten Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände eine gründliche Beratung über das Lehrlingswesen auf dem nächsten Gewerkschaftskongress bestimmt in Aussicht gestellt. Zur Unterlage dieser Beratungen soll in den Verbänden eine Untersuchung über die technische und theoretische Ausbildung und wirtschaftliche Lage, wie Löhne, Ernährung, Arbeitszeit usw. der Lehrlinge bis Ende 1917 herbeigeführt werden. Für die Gewerkschaften ist dieses Vorgehen im Interesse ihres Nachwuchses durchaus notwendig. Die technische Entwicklung in fast allen Gewerben verlangt heute eine andere Lehrlingsausbildung, als sie von Klein- und Handwerksbetrieben im allgemeinen geboten wird und geboten werden kann. Die berufliche Ausbildung in diesen Betrieben genügt für die Anforderungen der immer

maßgebender werdenden Industrie nicht mehr. Deshalb sind größere Gemeinden schon dazu übergegangen, hier durch Erweiterung des Fortbildungsschulwesens und durch Schaffung von Fachschulen ergänzend eingzugreifen, wodurch dem Lehrling im Zusammenhang eine theoretische Ausbildung und praktische Anleitung ermöglicht wird.

Einen weitgehenden Schritt auf diesem Gebiete hat die Stadt München getan. Auf Anregung des Schulrates Dr. Kerscheneiner hat der Magistrat im März 1914 die Erbauung einer Gewerbeschule großen Stils mit einem Kostenaufwande von M. 1 548 000 beschlossen, wovon etwa M. 400 000 auf Inneneinrichtung, wie Maschinen, Werkzeuge usw., kommen. In der Schule ist unter anderem eine durch mehrere Stockwerke reichende große Halle vorgesehen, in der Maurer, Zimmerer und Dachdecker den Häufelbau in der Praxis üben sollen. Im Keller werden Pfasterer, Steinmetze, Schlosser und Elektromonteur arbeiten. Außer den Bauberufen erhalten Maschinenbauer und Mechaniker praktischen Unterricht. Wie weiter die Münchener „Medizinische Wochenschrift“ im Juli dieses Jahres mitzuteilen wußte, hat die Ortsgruppe des Bayerischen Fortbildungsschulvereins eine Vereinigung zur Förderung des Unterrichts in Unfallverhütung und Gewerbehygiene gegründet. Aufgabe dieser Vereinigung soll die Weckung des Interesses für den Unterricht in Unfallverhütung und Gewerbehygiene in den beruflichen Kreisen sein.

Um den steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitern befriedigen zu können, ist die Großindustrie im Maschinenbauwesen, für Eisenmontage, für Elektrizität, für Präzisionsinstrumente und andere Erzeugnissen schon längst dabei, im Anschluß an ihre Betriebe eigene Lehrwerkstätten einzurichten, die mit aller Technik der Neuzeit und mit allen praktischen Lehrmitteln ausgerüstet werden. Diese Ausbildung einer „Auslese“ von jugendlichen Arbeitern in den Spezialfächern der Industrie wird immer eine Teilung der Arbeit begünstigen, wenn auch nicht in dem Maße, wie allgemein angenommen wird. Abgesehen von der großen Masse der ungelerten Arbeiter, die in diesen Betrieben beschäftigt werden, kann die Industrie zu ihren besonderen Arbeiten Leute mit einer einseitigen oder rüchständigen berufstechnischen Bildung nicht gebrauchen. Die in unsern Kreisen so oft erwähnte Teilung der Arbeit ist, entsprechend dem Gange der Entwicklung, nicht allein auf die Industrie beschränkt, sondern zurzeit fast in allen Gewerben und in den Handwerksbetrieben vorzufinden, auch im Baugewerbe. Neue Berufe treten dadurch hervor und steigern den Konkurrenzkampf. Mag man über die Lehrlingsausbildung denken wie man will: die Großzügigkeit dieses Vorgehens wird man bei ungetrübtem Blick nicht unterschätzen können. Die Industrie schafft sich dadurch einen leistungsfähigen Stamm von Arbeitern, von Monteuren und Werkmeistern, die von diesen Unternehmerbetrieben in hohem Maße wirtschaftlich abhängig sind. Der große technische Impuls unserer Zeit drängt zur Industrie, und dabei läßt man sich leicht über das Glend der Industriearbeiter hinwegtäuschen. Die amerikanische Entwicklung fängt an, bei uns vorbildlich zu werden. Im Bunde mit der Unternehmerpresse haben es im letzten Jahrzehnt die Milliardäre jenseits des Ozeans verstanden, dem amerikanischen Volke den Glauben an die Ueberlegenheit der großindustriellen Technik zu suggerieren. Die kriegstechnischen Erfolge und was sonst im Laufe der letzten zwei Jahre von der Industrie geleistet wurde, haben auch in Deutschland eine ähnliche Suggestion ausgeübt, und wir brauchen uns nicht zu wundern, daß sich bei diesen Industrien und Lehrwerkstätten ein starker Andrang der Jugendlichen bemerkbar macht, der auch in Zukunft einen auffälligen Rückgang der Lehrlingsangebote bei den Kleinhandwerksbetrieben und beim Baugewerbe zur Folge haben wird.

Als vor einigen Jahren die bürgerliche Presse die ungewöhnliche Mitteilung brachte, daß Carnegie, der bekannte amerikanische Großindustrielle, eine Millionenaufgabe der Bernesehen Schriften in den Schulen und sonst unentgeltlich verbreiten ließ, wurde bei uns diese Art des Vorgehens nicht gleich begriffen. Berne, ein äußerst fruchtbarer Schriftsteller, hat auch eine neue Art von Roman geschaffen, worin er es

meisterhaft versteht, die Leistungsfähigkeit der Technik als grenzenlos darzustellen. Nach dem Lehrsatze: „Der Jugend gehört die Zukunft“ und was durch die Erziehung schon früh dem jugendlichen Sinn, dem Empfindungs- und Denkvermögen eingepflanzt wird, bewährt sich für das ganze Leben, hat Carnegie dabei den Zweck verfolgt, die amerikanische Jugend für die Technik zu begeistern. Abgesehen von den Nebenabsichten dieses Mannes, liegt doch in seinem Vorgehen ein auch für uns nicht unbeachtet zu lassender erzieherischer Wert, der auch unsere Jugendschriftsteller anregen mußte, in einer andern Art auf diesem Gebiet etwas zu leisten. Die heranwachsende Jugend schon früh, möglichst in den letzten Jahren des Schulbesuchs, im Zusammenhang mit der Naturlehre, Physik, Geometrie und in Verbindung mit einem Handarbeitsunterricht für die Technik vorzubilden und dadurch zugleich den stilklichen Wert des Lebens sowie die Freude an der Natur und Kunst ohne Phantasterei zu steigern, muß eine Aufgabe unserer Volksschule werden. Bei dieser obligatorischen Jugendberziehung und -bildung wird dann auch auf die Bedeutung des Gesundheits- und Unfallschutzes hingewiesen werden können. Bei der Schulentlassung würde dann dieses gewetzte Verständnis an der Hand der behördlichen oder berufsgenossenschaftlichen Schutzvorschriften in den Fortbildungs- oder Fachschulen und in der beruflichen Lehre oder Lehrwerkstätte weiter zu entwickeln sein. Wenn so die Volksschule für die beruflichen Arbeiter die Grundlage für den Menschenschutz schaffen soll, so ist dies noch notwendiger für die ungelerten und die weibliche Arbeiterchaft. Wo nach der Schulentlassung hierfür geeignete Fortbildungsschulen fehlen, werden die Gewerkschaften die weitere Fortbildung übernehmen müssen.

In den Industriewerkstätten besteht durchweg, wie bei den meisten Handwerkern, eine Lehrzeit von vier Jahren. Die Löhne der Lehrlinge sind, ebenso wie bei den Innungsmeistern, selbst bei normalen Verhältnissen sehr niedrig. Nach der „Welt der Technik“ (Nr. 14, 1916) erhalten die Lehrlinge der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Abteilung Apparatefabrik Berlin, in der Woche: das erste Jahr M. 3, das zweite M. 4, das dritte M. 6 bis M. 8, und für das vierte M. 8 bis M. 10 Lohn. Damit werden die Eltern oder Verpfleger der Jugendlichen für Kleidung, Ernährung usw. ohne beträchtliche Zuleistungen niemals auskommen können. Bekanntlich sind die Jugendlichen in den Lehrjahren, die auch die Jahre des stärksten Wachstums sind, recht starke Esser, deshalb ist eine ausreichende Ernährung eine der wichtigsten Gesundheitschutzmaßnahmen. Aber darum kümmern sich bekanntlich die kapitalistischen und zünftlerischen Lehrherren weniger. Es dient deshalb auch dem allgemeinen Volkswohl und der militärischen Leistungsfähigkeit, wenn die Gewerkschaften entschlossen für eine den Lebensmittelpreisen angepasste Entlohnung der Lehrlinge eintreten. Die Behandlung der Lehrlinge wird, abgesehen von Einzelfällen, in den Industriebetrieben besser sein als in Handwerksbetrieben.

Für die Eltern und Vormünder, die bei der Berufsberatung der Kinder in erster Linie in Frage kommen, werden bei der Auswahl des Berufs nicht allein die Ernährungsmöglichkeiten der einzelnen Gewerbe, sondern auch die mehr oder weniger bekannten Gesundheitsgefahren mitentscheidend sein. Aber auch der ungelernete Arbeiter wird gefährlichen Gewerbebetrieben auszuweichen suchen. Zwar sind von einer Anzahl von Industrieunternehmen vorbildliche Betriebsräume und Betriebsrichtungen geschaffen worden; aber allgemein ist das leider noch nicht geschehen. Das ergibt sich schon daraus, daß, soweit wie bekannt, in den Lehrplänen der Industriewerkstätten eine Ausbildung zur Wahrnehmung der Unfallverhütung usw. nur vereinzelt vorgeht. Das ist zu verstehen; denn dazu gehören im ganzen Betrieb mustergültige Schutzeinrichtungen. Dem Industriehilfslern wird mithin auf diesem Gebiet, im Gegensatz zum Baugewerbe, wenig Gelegenheit zur praktischen Schulung gegeben. Die Baugewerksinnungen fordern auch bei der Gesellenprüfung einige Kenntnisse von der Unfallverhütung.

Der auffällige Rückgang der Lehrlingsangebots in den Bauberufen ist zum nicht geringen Teil auf die bekannten Gesundheitsgefahren im Baugewerbe zurückzuführen. Diese Gefahren sind, was weniger beachtet wird, nicht für alle Berufe gleich groß. Der Maurer, Stuckateur, Steinmetz, Maler, Denselner, Glaser usw. ist nach den amtlichen Zahlenangaben nicht in dem Maße der Unfallgefahr ausgesetzt wie der Bauhilfs-, Beton- und Eisenbauarbeiter und wie der Zimmerer, Dachdecker usw. Unleugbar sind für sämtliche Bauberufe die Gefahren der durch Staubbahnung und durch Erkältung erzeugten Krankheiten überreichlich vorhanden; für Maler und Anstreicher kommt noch die Gefahr giftiger Stoffe hinzu. Die Unternehmer des Baugewerbes haben aus diesem Grunde alle Ursache, und das ganz besonders für die Zeit nach dem Kriege, für eine weitgehende Förderung des Arbeiterschutzes Sorge zu tragen. In andern Industrien bestehen ähnliche Gefahren, die bedauerlicherweise noch viel zu wenig allgemein bekannt sind. Im Jahre 1913 kamen bei den 13 Bauberufsgenossenschaften auf 1000 Vollarbeiter durchschnittlich 62,02 Verletzte, bei den sechs Eisen- und Stahl-Verufsgenossenschaften aber durchweg beträchtlich mehr, nämlich bei der Südwestdeutschen 116,54, bei der Schleifischen 111,95 Verletzte. Die Hütten- und Walzwerk-Verufsgenossenschaft verzeichnet sogar 175,98 und die Maschinen- und Kleinisenindustrie-Verufsgenossenschaft 79,61 Verletzte. Die Verufsgenossenschaften für chemische Industrie, für Holzbearbeitung, für Elektrizität und Feinmechanik weisen annähernd dieselben Zahlen auf wie das Baugewerbe. Angeht es dessen haben die Gewerkschaften kein Interesse daran, daß der Großindustrie die Arbeiterjugend zugeführt wird. Gerade diese Betriebe wären in der Lage, einen weit besseren Arbeiterschutz durchzuführen als die Handwerksbetriebe.

Jch wiederhole also: Die erste Erziehung der Arbeiterklasse zum Verständnis des beruflichen Gesundheitschutzes wird durch gesetzliche Maßnahmen der Volksschule übertragen werden müssen. Die hier gegebene Vorbildung muß durch die gewerblichen und ländlichen Fortbildungs- oder Fachschulen weiterentwickelt werden. Die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulwesens muß deshalb auch eine der wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften sein. Die Regierungsbehörden werden aber auch für eine Erweiterung der technischen Kenntnisse der Volksschullehrer Sorge tragen müssen. G. Heinke.

Von den Verhältnissen der Maler und Anstreicher in England.

In der Januarnummer des Organs unseres amerikanischen Bruderverbandes „Painter and Decorator“, das uns erst kürzlich zugeht, finden wir einen vom Dezember 1915 datierten Bericht über die Verhältnisse unserer Berufskollegen in England. Von besonderem Interesse ist darin für uns unter anderem, was über die Zustände und die versuchte Regelung im Lehrlingswesen gesagt wird. Der Bericht lautet in der Uebersetzung wie folgt:

Der Mangel an Industriearbeitern macht sich jetzt sehr stark bemerkbar, und der von Lord Derby ins Leben gerufene, am 11. Dezember beendete Werbefeldzug wird ihn noch stärker hervorheben lassen. Die einzigen Arbeiter von wirklicher Bedeutung sind heutzutage der Soldat und der Munitionsarbeiter im weiteren Sinne. Handel und Industrie werden nur insofern als wichtig angesehen, als sie die Interessen dieser beiden Klassen wahren. Das Ergebnis ist, daß Beschwerden und Klagen von seiten gewöhnlicher Arbeiter und Geschäftsleute nur wenig Beachtung finden.

Mit jeder Woche wächst die Zahl der sich dem industriellen Gebiet zuwendenden Mädchen und Frauen. Sie haben sich nicht allein in ausgedehnterem Maße in Berufe hineingedrängt, in denen sie schon vor dem Krieg Fuß gefaßt, sondern sie treten auch in viele andere Industrien ein. Alle alten Ideen über Frauenarbeit werden über Bord geworfen und die herkömmlichen Ansichten beiseite gesetzt.

Der oben angeordnete Werbeplan ist mehr dazu angetan, große Heeresgruppen zu schaffen, als den augenblicklichen Bedarf zu befriedigen — den Bedarf an Männern, die die Lücken der im Felde stehenden Armeen füllen. Männer melden sich bei den lokalen Werbebüros, werden ärztlich untersucht, erhalten ein Zeugnis und werden eingezogen. Dann werden sie je nach Alter und ehemännlichen Verpflichtungen in Gruppen eingeteilt, von denen im ganzen 46 bestehen. Sie kehren zu ihrer gewöhnlichen Beschäftigung zurück, bis sie gebraucht werden. Sie werden einen Monat vorher von dem Zeitpunkt benachrichtigt, an welchem sie ihrem Regiment beitreten und mit ihrer militärischen Schulung beginnen müssen.

Die Aufständigung erfolgt durch Plakate an den öffentlichen Anschlagplätzen. Außerdem erhält jeder Dienstpflichtige 14 Tage vor dem Tage seines Eintritts in das Heer eine durch die Post zugesandte diesbezügliche Aufforderung. Das Unterhaus wird sofort die finanziellen und andern Vorkehrungen treffen, die durch die Verstärkung der an der Front befindlichen Truppen durch eine Million Mann, die aus den obegerwähnten Reihen hervorgehen, notwendig werden.

Trotz der ungeheuren Kriegsausgaben und der schweren Belastung ist heute sehr viel Kapital vorhanden zu sein. Verschonungen jedoch und die Finanzierung von wilden Plänen scheitern ganz verhältnismäßig zu sein. Die Börse selbst ist zu einer sehr zusammengekauften Einrichtung geworden; die Hälfte ihrer Käufer, ob Makler, Zwischenhändler oder Vereanangestellte, sind anderweitig beschäftigt, meistens irgendwo in Frankreich. Die Mittelpunkte der Tätigkeit werden sich demnach nicht in den Geldmärkten, dagegen werden sie eher in der mit Fabriken übersäten nächsten Umgebung der Metropole oder in großen Industriepfählen

wie Birmingham, Newcastle, Glasgow usw. Verbrechen und Trunkenheit haben seit Kriegsausbruch merklich abgenommen. Dies ist meist auf die Einschränkung der Stunden, während welcher alkoholische Getränke verkauft werden dürfen, auf das Verbot des alten Brauches, Bekannte zum Trinken einzuladen und sie freizuhalten, auf das Verbot des Verkaufs alkoholischer Getränke auf Kredit und auf die zwangsweise Herabsetzung der alkoholischen Stärke der Getränke zurückzuführen.

Was die allgemeine Arbeiterbewegung betrifft, so sind keine Streiks oder Aussperrungen zu melden.

Die große Frage, der sich die organisierte Arbeiterschaft gegenübergestellt sieht, ist die Erlangung höherer, der Leistung entsprechenden Löhne. Die Arbeitslosigkeit hat ihren niedrigsten Stand erreicht: In den großen Gewerben entfällt auf 200 Arbeiter ein Arbeitsloser, und selbst der ist nur auf kurze Zeit und durch Zufall ohne Beschäftigung. Selbst Anstreicher und Dekorateur finden gute Arbeitsgelegenheit, teils weil ihre Zahl stark vermindert ist, teils wegen der vielen neuen Fabriken und ähnlichen Gebäude, die im ganzen Lande in die Höhe schießen und der erhöhten Munitionserzeugung dienen. Trotz des Umstandes, daß öffentliche und private Arbeitgeber so viel wie möglich an Fracht sparen, gibt es Arbeit für alle. In nicht allzuferner Zukunft werden die Anstreicher einen Aufschwung erleben. Die Verbände beschäftigen sich stark mit der Beobachtung derjenigen Teile des Landes, wo die Löhne noch unter dem angemessenen Niveau stehen. Erhöhungen von 1 Cent pro Stunde werden in abgelegenen ländlichen Distrikten, wo die Arbeit bisher sehr schlecht entlohnt wurde, erlangt.

In Schottland fürchtet man einen wahrscheinlich eintretenden Mangel an gelerntem Anstreichern. Unter der Leitung der Edinburgher Kaufmännischen Gesellschaft (Edinburgh Merchant Company) hat man Komitees gebildet, die sich mit der besseren beruflichen Ausbildung von Anstreichern und andern Lehrlingen beschäftigen. Jedes Komitee ist zusammen aus zwölf Vertretern der Unternehmer und Gesellen paritätisch zusammengesetzt. Die Unternehmer werden aufgefordert, ihre Lehrlinge zu registrieren, zu welchem Zweck man ihnen Formulare zum Ausfüllen übersendet. Die auf diese Weise erlangte Auskunft wird in das Lehrlingsarchiv der Kaufmannshalle (Merchants' Hall) eingetragen und jedes Jahr durch ein Zeugnis des Arbeitgebers in bezug auf den Fortschritt des Lehrlings sowie durch ein Zeugnis der Schulbehörde, im Falle der Bursche Fortbildungs- oder technische Klassen besucht, ergänzt. Ist es aus dem Archiv ersichtlich, daß der Bursche nicht einige seiner freien Stunden zu seiner Fortbildung benutzt, so wird er von dem Komitee aufgefordert, Fortbildungsklassen zu besuchen. Sollte das Archiv zeigen, daß der Bursche seinen Arbeitgeber nicht befriedigt oder von seiten des Arbeitgebers oder Lehrlings eine Beschwerde vorliegt, so kommt die Sache vor das Nachforschungskomitee und, wenn notwendig, werden der Arbeitgeber sowohl wie der Bursche und sein Vormund vor das Komitee geladen. Wenn alles normal verläuft, so wird ein Zeugnis ausgestellt, daß die Lehrlingszeit zur Befriedigung des Komitees bestanden wurde.

Der Besuch der technischen Klassen ist zur Erlangung dieses Zeugnisses nicht notwendig, solange der Bursche nur von der Werkstätte ein gutes Zeugnis hat. Das Komitee ist der Ansicht, daß die Ausbildung in der Werkstätte genügt, dem Arbeiter die notwendige Fertigkeit zu verleihen.

Wenn ein Bursche nach Ablauf der Lehrzeit den Ansprüchen nicht genügt, so kann zwischen ihm und dem Arbeitgeber ein Uebereinkommen getroffen werden, demzufolge er sich bemühen soll, das Zeugnis zu erlangen, indem er eine weitere Zeit zu einem abgemachten Lohn in der Lehre bleibt. Dies ist nicht gänzlich zufriedenstellend, da es dem ungerechten Arbeitgeber die Gelegenheit bietet, sich billige Arbeitskräfte zu sichern. Die Unternehmer stehen den Tagesfortbildungsklassen, mit Ausnahme der in dem Anstreichergewerbe, feindlich gegenüber. Da zu gewissen Zeiten des Jahres das Geschäft flau ist, so sind die Anstreichermeister damit einverstanden, daß die Burschen die Tagesklassen der Kunstschule besuchen. Die Komitees sind der Ansicht, daß, da beinahe jedes Gewerbe seine tote Saison hat, Anstreicherungen gemacht werden sollen, die Arbeitsstunden in jenen Zeiten zu kürzen und die Schulbehörden zu veranlassen, die Klassen dann abzuhalten. Den Komitees lagen Fälle vor, daß Lehrlinge nicht registriert waren. Sie sind der Ansicht, daß die Burschen unter ihrer Oberaufsicht besser daran sind und halten es den Burschen gegenüber für ungerecht, daß man ihnen die Gelegenheit entzieht, das Zeugnis des Komitees am Schluß ihrer Lehrzeit zu erlangen. Die Arbeitgeber und Arbeiter sind übereingekommen, daß alle Lehrlinge bei dem Lehrlings-Ausbildungskomitee des Gewerbes eingetragen werden sollen unter der weiteren Bedingung, daß das Komitee die Befugnis haben soll, von irgendeinem Burschen zu verlangen, daß er diejenigen technischen oder andern Abendklassen besucht, die das Komitee für nötig erachtet. Der Krieg hat diese Arbeit sehr beeinträchtigt.

Das Komitee befaßt sich mit dem Problem der Kriegsehrliche, das heißt der dem Heere beigetretenen Lehrlinge. Es wurde vorgeschlagen, daß ein zwölfmonatiger aktiver Dienst als Teil der Lehrzeit angerechnet wird und daß man den Lohn demgemäß erhöht. Die kaufmännische Gesellschaft (Merchant Company) hat soweit die Bewegung so gut wie finanziert und sowohl ihre Dienste wie ihr Personal zur Verfügung gestellt. Jedes Komitee ist berechtigt, unabhängig von dem andern zu handeln. Reginald W. Kinnon, Sekretär des Lehrlingsausbildungskomitees, hat das folgende Zirkular an Lehrlinge ergehen lassen:

Lehrlingsausbildungskomitee der Anstreicher. Herr! Das obige Komitee hat mich beauftragt, Sie zu benachrichtigen, daß die folgende von ihm vorgeschlagene Maßnahme von der Vereinigung der Anstreichermeister von Edinburgh und Leith (Master Painters' Association of Edinburgh and Leith) und dem schottischen Anstreicherverein (Scottish Painters' Society) angenommen wurde: „Alle Burschen sollen innerhalb sechs Monaten nach Beginn ihrer Lehrzeit beim Lehrlingsausbildungskomitee eingetragen werden, das befugt ist, von irgendeinem Burschen zu verlangen, daß er — als Bedingung zur Erlangung des Zeugnisses, daß die Lehrzeit zur Befriedigung des Komitees bestanden ist — die von dem Komitee als angemessen erachteten technischen oder andern Abendklassen besucht.“ Das

Komitee fordert mich demgemäß auf, Ihnen die Notwendigkeit Ihres Besuches der während der Wintermonate wieder stattfindenden Fortbildungs- oder technischen Klassen nahezu legen. Sollten Sie dies unterlassen oder es aus den von den Schulbehörden unterbreiteten Berichten hervorgehen, daß Sie Ihre Studien nicht fleißig betreiben, so wird das Komitee Sie auffordern, ihm eine persönliche Erklärung abzugeben. Wenn Sie über die Klassen, die Sie während des Winters besuchen wollen, im Zweifel sind, befragen Sie gefälligst Ihren Arbeitgeber, der gern bereit sein wird, Ihnen seinen Rat zu erteilen.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Hannover. Die am 25. Juli stattgefundene Generalversammlung ehrte zunächst das Andenken von weiteren 14 auf dem Schlachtfelde gefallenen Mitgliedern, so daß wir bereits, soweit uns bekannt geworden, 67 treue Mitglieder als Opfer dieses Krieges zu beklagen haben. Dazu kommen noch 8 Mitglieder, die schon über ein Jahr als vermißt gelten. Kollege Mülle, der hier auf Urlaub weilte, nahm an der Versammlung teil. Das zweite Quartal hat leider die Erwartungen, die wir in dieser Zeit sonst gewöhnt sind, nicht erfüllen können. Die Arbeitsverhältnisse haben sich durch Materialmangel und Teuerung, Anstreichverbote usw. weiter verschlechtert. Es war fortlaufend Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Bei dem gegenwärtig zunehmenden Angebot von Arbeitskräften können unsere arbeitslosen Kollegen auch schwer außer Beruf Arbeit finden. Beim Arbeitsnachweis haben sich im verfloffenen Quartal 222 arbeitslose Kollegen eintragen lassen (zweites Quartal 1915: 562). Offene Stellen waren 191 vorhanden (499), besetzt konnten 173 Stellen werden (499), arbeitslos sind 17 Kollegen; dazu diese immer noch zunehmende enorme Teuerung, ohne daß unsern arbeitslosen Kollegen für diese unverschuldete Arbeitslosigkeit seitens der Regierung eine Unterstützung gewährt wird. Die Werbetätigkeit in diesem Quartal hat uns 84 Neuaufnahmen gebracht, die Mitgliederzahl beträgt 240 (im ersten Quartal 235). Zum Heere sind 612 Mitglieder eingezogen, entlassen und wieder Mitglied wurden 16 Kollegen. Die Abrechnung ergibt für die Hauptkasse eine Einnahme und Ausgabe von M. 2471,95. In die Hauptkasse sind M. 796,55 eingesandt. Die Einnahmen und Ausgaben der Filialkassen betragen inklusive Bestand M. 4142,40 und schließen mit einem Filialkassenbestand von M. 8194,06 ab. Wenn auch der Stand unserer Filiale in Rücksicht auf den langen Krieg und der äußerst schlechten Lage unseres Gewerbes als befriedigend bezeichnet werden kann, so muß doch festgestellt werden, daß nicht alle unsere zurückgebliebenen Kollegen ihre Pflicht erfüllen und uns nicht in unserer Werbetätigkeit unterstützen. Das kam auch in der Diskussion, an der sich die Kollegen Uhlitt, Nennemann, Mülle, Wächner, Hirschmann, Sievers und Schubert beteiligten, zum Ausdruck. Es wurde wiederholt an unsere Kollegen im Felde und an die von diesen gebrachten Opfer erinnert sowie auch an die großen Aufgaben und Anforderungen gedacht, die unsere Organisation auch während des Krieges, aber vor allem nach dem Kriege zu erfüllen hat. Nur ein fester Zusammenschluß aller unserer Kollegen kann diesen Aufgaben gerecht werden. Dieser enge Zusammenschluß darf aber nicht bis nach dem Kriege verschoben werden, wie das einzelne noch nicht organisierte Kollegen meinen und teils zum Ausdruck bringen, sondern muß möglichst noch während des Krieges erfolgen. Dazu dürfen die schlechten Berufsverhältnisse kein Hinderungsgrund sein. Welche Folgen ein vermindelter Einfluß unsere für Organisation haben kann, davon ein Beispiel aus Minden i. W., wo zwei Meister (die Herren Herrmann und Aermann) die für Rheinland und Westfalen am 17. März in Kraft getretene Teuerungszulage von 5 pro Stunde noch nicht bezahlt haben, was leider erst in Erfahrung gebracht werden konnte. Nach ergangener Aufforderung, die Werbetätigkeit eifrig zu unterstützen und an dem Kauf von freiwilligen Ertragsbeiträgen sich mehr zu beteiligen, erfolgte Schluß der Versammlung mit dem allseitigen Wunsche auf eine baldige glückliche Heimkehr unserer noch im Kriegsdienst tätigen Kollegen.

Aus unserm Beruf.

Ueber die beruflichen Verhältnisse in Karlsruhe geht uns nachstehender Bericht zu: Wenn in Karlsruhe Malerarbeiten im Submissionsweg vergeben werden, so kann man sich immer auf eine Ueberraschung gefaßt machen. So auch wieder bei einer Submissionseröffnung in den letzten Tagen. Es handelt sich um einen städtischen Umbau, wo die neugegründete städtische Milchzentrale untergebracht werden soll. Die eröffneten Angebote schwanken zwischen M. 170 bis M. 4000. Wenn wir zwar das niedrigste Angebot nicht sehr ernst nehmen, sondern uns nur wundern, wo dieser Unternehmer den Mut hernimmt, an solche Arbeiten heranzutreten, so geben uns die Angebote von etwas über M. 2000 doch Veranlassung, uns zu diesen Ergebnissen zu äußern.

Wir nehmen das Höchstangebot sehr ernst, da wir wissen, daß in dem betreffenden Geschäft jede Arbeit sauber und nach dem Maß ausgeführt wird und die Berechnungen gewissenhaft unter Berücksichtigung der jetzigen Verhältnisse aufgestellt sind. Daß aber heute noch für Karlsruher Malermeister M. 100 bis M. 1500 keine Rolle spielen, will uns sehr bedenklich erscheinen, zumal diese Herren doch Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind, dessen Leitung bemüht ist, Arbeitsgelegenheiten bei Baubehörden zu schaffen und das Submissionswesen überhaupt abzuschaffen. Wie aber soll eine Baubehörde solchen Submissionen einer Berufsgruppe noch sonderliche Achtung entgegenbringen, wenn den Mitgliedern dieser Berufsgruppe auch jedes Zusammengehörigkeitsgefühl abgeht? Spricht aus solchen Submissionen doch der nackte Egoismus und die Spekulation, bei Ausführung der Arbeiten die Behörden hinter's Licht zu führen.

Daß Arbeitsbedingungen nicht eingehalten werden, die Schuld der Behörden, und auch sie tragen ihr volles Maß an Schuld daran, wenn immer und immer wieder von Unternehmern gesagt wird: „Wir pfeifen auf solche Arbeitsbedingungen!“ Entschuldigt ist damit aber nicht, wenn der Unternehmer seine eigenartigen Praktiken bei Ausführung der übernommenen Arbeiten übt. Der Pusch treibt in Karlsru

ruhe unter Aufsicht der Behörden seine schönsten Blüten. Kaum waren die Arbeiten in der neuen Tullaschule beendet, da blühten auch schon der Maschinenantrieb in den Gängen der Knabenabteilung ab. Was mag das für ein Maschinenantrieb gewesen sein? Es interessiert uns, ob die Arbeit wirklich abgenommen worden ist. In den Dienstwohngebäuden der badischen Staatsbahnen in der Scherzstraße wurden im Herbst sämtliche Stiegenhäuser mit Leimfarbe gestrichen. Wir haben den Kopf geschüttelt, daß solche Arbeiten überhaupt abgenommen werden konnten. Zwei Stiegenhäuser sind in diesem Frühjahr wieder erneuert worden, weil die Einwohner die Leimfarbe an den Kleidern wegrugen. Auch hierüber Näheres zu erfahren, wäre sehr erwünscht. Vorerst nur zwei Beispiele. Einem aufrichtigen Gehilfen verleiht es, in solchen Geschäften Arbeitsgelegenheiten anzunehmen. Um solche Pfuscharbeit herzustellen, braucht man wahrhaftig keinen Meister. Man ist ja vorsichtig in den betreffenden Geschäften in der Auswahl der Arbeiter, die besten kann man da nicht gebrauchen. In der Tullaschule hat sogar ein Arbeitgeber seinen Leuten verboten, mit den organisierten Gehilfen überhaupt zu sprechen. Das reizt doch gerade zum Lachen. Als ob man nicht allerhand gesehen hätte, "wie es gemacht wird". Daran liegt hier der ganze Krebsbauch, daß man nicht den Mut findet, gegen solche Geschäfte vorzugehen. Einen großen Teil unserer Arbeitgeber halten wir für so ehrlich, daß sie derartige Arbeitsmethoden nicht mitmachen, darum sollten sie auch alles versuchen, hier andere Verhältnisse zu schaffen. Wir sind gern bereit mitzuhelfen; denn auch die Arbeiter leiden unter solchen unheimlichen Zuständen, wie sie sich hier herausgebildet haben. Wir meinen, gerade jetzt wäre die beste Zeit und Gelegenheit, die Gesundung unserer beruflichen Verhältnisse herbeizuführen. Wenn die Leitung des Arbeitgeberverbandes den ehrlichen Willen hat, diese Pfuscherlei mit allem Nachdruck zu bekämpfen, denn nur darum handelt es sich, dann kann sie unsere Unterstützung zu jeder Zeit finden. C. B.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Verein deutscher Tapetenfabrikanten hat mit dem Hauptverein deutscher Tapetenhändler ein Uebereinkommen getroffen, nach dem infolge der ständig steigenden Preise für Rohmaterialien die Erzeugnisse von den Herstellern mit einem Preisaufschlag von durchschnittlich 10 v. H. abgegeben werden sollen. Diese Vereinbarung gilt bis zum 1. Februar 1917; eine weitere Erhöhung soll dann nur, wenn unumgänglich notwendig, eintreten. Von einer Preiserhöhung im Verkauf an das Publikum wollen die Händler bis Ende dieses Jahres absehen. Erst vom Januar 1917 ab soll ein Teil der Tapetenverkaufspreise um etwa 5 bis 10 v. H. erhöht werden. Diese Erhöhung soll in der Weise abgestuft werden, daß die billigsten Sorten ebenso wie eine Reihe mittlerer Preislagen überhaupt nicht davon betroffen werden.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre Metallarbeiterverband. Am 1. August dieses Jahres sind 25 Jahre seit der Gründung des Deutschen Metallarbeiterverbandes verstrichen. Aus diesem Anlaß erschien die "Metallarbeiter-Zeitung" als Festsnummer, worin in inhaltreichen Beiträgen das Verbandsjubiläum seiner Bedeutung entsprechend gewürdigt wird. Ein geschichtlicher Rückblick der Redaktion erinnert daran, daß die größte Gewerkschaft der Welt ihre Wurzeln in der 1868 gegründeten Allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Vereinigung und in der Gewerkschaft deutscher Metallarbeiter von Nürnberg 1869 gehabt hat. Bald danach vereinigten sich beide Organisationen zur Internationalen Metallarbeiter-Vereinigung, der späteren Metallarbeiter-Gewerkschaft. 1888 erschien bereits eine "Deutsche Metallarbeiter-Zeitung", deren Redakteur, F. o. H. Scherm, ununterbrochen bis heute an seinem Posten steht. Eine 1884 gegründete Zentralorganisation verfiel dem Sozialistengesetz, nach dessen Fall der jetzige Verband am 1. August 1891 entstanden ist. Die innere Verbandsgeschichte behandelt in großen Zügen der Vorstehende Schlichte. Reichel bespricht die soziale Arbeit des Verbandes, Steingayer die internationalen Beziehungen der Metallarbeiter, deren Pflege in Schlichtes Hand liegen. Weigig schildert die Arbeit des Verbandsauschusses, Maier die Verwaltung, die vor Kriegsausbruch schon 649 Festangestellte erforderte. Das bringt eine treffliche Darstellung der Entwicklung der Metallindustrie, und Severing weist auf die nach dem Kriege stehenden Aufgaben hin. Auf die Leistungen des Metallarbeiterverbandes zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage und zur Unterstützung seiner Mitglieder brauchen wir hier nicht näher einzugehen. Sein riesenhaftes Wachstum beweist zur Genüge, daß die Arbeiterchaft in der Metallindustrie ihrer Organisation Vertrauen entgegenbringt, und solches Vertrauen erwirbt eine Organisation nur durch entsprechende Leistungen. Anfangs ging auch hier die Entwicklung langsam. Bei der Gründung zählte der Verband 18 000 Mitglieder, Ende 1895 waren es erst 33 000, im Jahre 1896 wurden die 50 000 nahezu erreicht, Ende 1900 war das erste Hunderttausend überschritten und dann ging es erfreulich vorwärts, 1906 war das zweite, 1906 das dritte, 1910 das vierte, 1911 das fünfte Hunderttausend überschritten. Der höchste Stand der Mitglieder mit 561 547 wurde 1912 erreicht. Durch den Krieg hat der Verband wie auch die übrigen Gewerkschaften gelitten, mehr als 300 000 seiner Mitglieder stehen im Felde, über 13 000 sind bereits gefallen.

Mit dem Deutschen Metallarbeiterverband feiert auch ein Vorstehender, Alexander Schlichte, sein fünfundsiebzigjähriges Jubiläum. Bei der Gründung des Verbandes wurde er als Sekretär in den Vorstand gewählt, und wenige Jahre später wurde ihm das verantwortungsvolle Amt des Vorstehenden übertragen.

Hoffentlich ist das Ende des Krieges nicht mehr allzu fern, damit wieder mit neuer Kraft auch in Metallarbeiterverband an die dann bevorstehenden vielseitigen Aufgaben herangetreten werden kann. Möge es ihm gelingen, sie in erster Reihe zur Zufriedenheit seiner Mitglieder zu erreichen.

Das Bildhauergewerbe während der Kriegszeit. Das sich im Verlaufe dieses Weltkrieges in so vielen Fällen zeigt hat: daß es anders gekommen, als man erwartet

hatte, das zeigt sich auch im Bildhauerberufe. Die überwiegende Zahl der Mitglieder des Verbandes der Bildhauer besteht aus Holzbildhauern. Es ist das entsprechend den Verhältnissen im Berufe, und insoweit gesehen wird der Stand des Arbeitsmarktes wesentlich durch die Holzbranche beeinflusst. Wenn nach dem letzten Bericht im "Reichsarbeitsblatt" über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden die Arbeitslosenziffer im Zentralverein der Bildhauer von 55,2 pSt. im August 1914 auf 1,9 pSt. im Mai 1916 zurückgegangen ist, so ist das nur auf die günstige Geschäftslage in der Holzbranche des kunstgewerblichen Bildhauerberufes zurückzuführen.

Es ist, seitdem die Stellenvermittlung des Verbandes über ganz Deutschland mit einer Zentrale geschaffen wurde, noch nicht dagewesen, daß eine so große Zahl bei der Zentrale einlaufender Stellen unbefetzt bleiben muß, weil Arbeitslose nicht vorhanden sind, wie es jetzt der Fall ist.

Obwohl nach der letzten statistischen Erhebung 63,3 pSt. der Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen, würde sich diese Schwierigkeit in der Befehung der freien Stellen nicht zeigen, wenn nicht ein beträchtlicher Teil der Mitglieder (Ende März dieses Jahres zählte der Verband 1077 Mitglieder, davon 688 der Holzbranche angehörig, gegen 374 Mitglieder am Schlusse des zweiten Quartals 1914, also vor Kriegsausbruch) außerberufliche Arbeit, vorwiegend Kriegsarbeit, verrichten würde. In ganz Deutschland arbeiteten Ende 1915 im Berufe 585, außerberuflich 481, arbeitslos waren 79; Ende des ersten Quartals dieses Jahres waren es: 688 im Berufe, 374 außerberuflich, 82 Arbeitslose. Die Zahl der Arbeitslosen ist inzwischen noch weiter gesunken auf 22 Ende Mai dieses Jahres gleich 1,9 pSt., wie schon eingangs bemerkt. Ständen die Bildhauer fast stets mit an erster Stelle in der Arbeitslosenliste der Fachverbände im "Reichsarbeitsblatt", so sind sie jetzt an die 18. Stelle gerückt. — Die günstige Geschäftslage hatte zur Folge, daß Lohnerhöhungen beziehungsweise Feuerungszulagen, wann auch nicht immer in zureichendem Maße, durchgeführt werden konnten. Bis jetzt wurde das aus 26 von 58 beruflichen Verwaltungsstellen gemeldet.

Die Lage der übrigen Gruppen des Bildhauerberufes ist weniger günstig; am schlechtesten ist es in der Modellbranche. Das wird erst anders werden mit der Bessergestaltung des Baumarktes nach Kriegsende. Die Steinbildhauer, die noch leidlich zu tun hatten, werden jetzt die erneute Sparsamkeit bei der Ausführung öffentlicher Gebäude zu verspüren haben. Daß die verlangten Arbeitskräfte in der Holzbranche nicht nach Wunsch beschafft werden können, wirkt insofern auf den ganzen Beruf, als sich die Unternehmer auf anderem Wege als durch die Verbandsstellenvermittlung Arbeitskräfte suchen, und wenn das nicht gelingt, wie jetzt, sucht man sich ohne dekorativen plastischen Schmuck zu behelfen. Nach der Richtung ist das kaufkräftige Publikum, von kunstverständigen Ausnahmen abgesehen, gar leicht zu erzielen, wie die Erfahrung des Bütern schon gelehrt hat. Um dem entgegenzuwirken, wäre es wünschenswert, wenn die außerberuflich beschäftigten Verbandsmitglieder sich so weit als möglich ihrem eigentlichen Beruf wieder zuwenden und nicht in allen Fällen bis nach Beendigung des Krieges warten würden. Es wäre das unzweifelhaft zugleich eine Stärkung des Verbandes, da die außerberuflich Beschäftigten als zahlende Mitglieder ihrer Verbandspflicht zu genügen glauben, abgesehen von denen, die dem Verband den Rücken gekehrt haben.

Sozialpolitisches.

Der Arbeitsmarkt im Juni 1916. Nach den Berichten im "Reichsarbeitsblatt" ist eine wesentliche Aenderung des Bildes, das das deutsche Wirtschaftsleben im Kriege bisher bot, auch im Juni nicht eingetreten. Die für die Kriegsmirtschaft arbeitenden Gewerbebranchen sind nach wie vor aufs lebhafteste beschäftigt. Einzelne Abschwächungen des Geschäftsganges, wie sie jährlich in der Regel im Sommer festzustellen sind, waren auch dieses Mal im Verlaufe des Berichtsmonats, allerdings in nicht ausschlaggebendem Maße, zu bemerken.

Für den Bergbau wie für die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie macht sich keine erhebliche Veränderung dem Mai gegenüber bemerkbar. Im Vergleich zum Juni 1915 ist vielfach eine Steigerung der Tätigkeit zu erkennen. In der chemischen Industrie ist teilweise eine Verbesserung der Lage dem Vormonat gegenüber zu verzeichnen, während die elektrische Industrie eine Veränderung von besonderer Bedeutung im großen und ganzen nicht erfahren hat. Im Webstoffgewerbe machte sich zum Teil eine weitere Verschlechterung geltend. Das Befeidigungsgewerbe berichtet dagegen vielfach über unverändert befriedigende oder gute Beschäftigung. Auf dem Baumarkt ist stellenweise eine Besserung zu bemerken.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. Juli beschäftigten Mitglieder dem Anfang des vorhergehenden Monats gegenüber eine Abnahme der Beschäftigten um 19 226 oder um 0,22 v. H.

Nach den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in 38 Fachverbänden, die im Juni für 826 924 Mitglieder berichten, wurden 20 588 oder 2,5 v. H. Arbeitslose festgestellt. Die Arbeitslosenziffer ist danach die gleiche wie im vorhergehenden Monat geblieben; auch im Vergleich zum Juni der beiden vorhergehenden Jahre ist keinerlei Aenderung eingetreten. Die Arbeitslosenziffer betrug auch im Juni 1914 und 1915 ebenso wie im Mai 1916 2,5 v. H.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im ganzen eine günstigere Gestaltung des Arbeitsmarktes als im Vormonat erkennen. Es hat sowohl eine Abnahme des Andranges der männlichen wie der weiblichen Arbeitsuchenden stattgefunden. Im Juni kommen bei den Männern 80 Arbeitsuchende (gegen 88 im Vormonat), beim weiblichen Geschlecht 158 Arbeitsuchende (gegen 162 im Mai) auf je 100 offene Stellen.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände zeigen für Mecklenburg, Lauenburg, Pommern, Ostpreußen, Sachsen, Thüringen wie für Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Hessen, Hessen-Nassau und Westfalen keine wesentliche Aenderung der allgemeinen Arbeitsmarktlage. Auch in der Provinz Sachsen und im Herzogtum Anhalt ist im allgemeinen keine erhebliche Verschiebung festzustellen; im großen und ganzen hat hier aber die Beschäftigung von Arbeiterinnen zugenommen. Dem-

gegenüber zeigt sich in Hamburg, wo sich die Lage des Arbeitsmarktes gleichfalls nur unwesentlich verändert hat, für die weibliche Beschäftigung eine Verschlechterung, da bei gleichzeitiger Abnahme der offenen Stellen eine Zunahme der weiblichen Arbeitsuchenden nicht der Industrie, wohl aber der häuslichen Dienstboten und Aufwartefrauen eingetreten ist. Einen Rückgang weist sonst nur noch die Lage im Rheinland auf, obwohl hier auch im Juni Industrie wie Handel durchweg gut, teilweise sehr gut beschäftigt waren. Im Gegensatz zu dem Rückgang im Rheinland ließ der Arbeitsmarkt in Berlin und Provinz Brandenburg in der zweiten Hälfte des Juni eine fortschreitende Belebung erkennen. In Schlesien hat sich die Lage dem Vormonat gegenüber nicht unerheblich gebessert, und in Schleswig-Holstein ist eine leichte Besserung zu verzeichnen. In Bayern und Württemberg zeigt die allgemeine Arbeitsmarktlage im Juni zwar im ganzen dasselbe Bild wie im Vormonat, doch hat sich die Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeiterchaft vielfach verbessert.

Halt mit der Sozialpolitik. Die vielgerühmte Neuorientierung ist ein Schlagwort, dem jeder, der es benutzt, einen anderen Sinn unterlegt. Die Arbeiter erwarten von der ihnen in Aussicht gestellten Neuorientierung nach dem Kriege eine größere Bewegungsfreiheit, eine Befreiung der Gesehe und Verwaltungsgrundsätze, die sie zu Bürgern in deren Rechts stempelten. Die Lösung ihrer Fesseln soll sie instand setzen, den Kampf um die Führung ihrer wirtschaftlichen Lage mit größerer Aussicht auf Erfolg zu führen. Die Neuorientierung muß, wenn sie einen Sinn haben soll, eine kräftige Fortführung der Sozialpolitik in sich begreifen. Das alles ist aber Zukunftsmusik. Das Maß der Erfüllung wird sehr wesentlich von der Kraft abhängen, mit welcher die Arbeiter ihre Forderungen vertreten. Je stärker die Arbeiterorganisationen sind, desto vollkommener wird die Neuorientierung ausfallen. Sie wird aber wie ein Traum zerfließen, wenn die Arbeiterchaft zur gegebenen Zeit außerstande ist, ihren Wünschen den erforderlichen Nachdruck zu geben.

Die Thimmeschen Sammelwerke und ähnliche Publikationen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß einflussreiche Kräfte am Werke sind, die jedem Fortschritt entgegenwirken. Einer der lautesten Krüher im Streite ist die "Deutsche Arbeitgeber-Zeitung", die jede Gelegenheit wahrnimmt, um gegen eine Neuorientierung der inneren Politik und gegen die Verbesserung der Lage der Arbeiter Stimmung zu machen. In ihrer Nummer vom 30. Juli führt sie aus, daß die sozialpolitische Gesetzgebung nach dem Kriege nicht fortgesetzt werden darf. Diesen Gedanken hat das Organ für die rücksichtslose Wahrnehmung der Unternehmerinteressen schon immer vertreten und es bereitet ihm eine ganz besondere Vergünstigung, sich für diese Auffassung auf den freisinnigen Reichstagsabgeordneten Dr. Doormann berufen zu können, der in einem Aufsatz im "Hamburger Fremdenblatt" in Sachen der Sozialpolitik zur Vorsicht und Besinnung mahnt und dafür von der "Arbeitgeber-Zeitung" als verständiger Politiker gefeiert wird.

Wenn seine Ansichten richtig wiedergegeben werden, dann warnt Doormann vor jeder Uebereilung und Uebertreibung in der Sozialpolitik. Für die nationale Wohlfahrt könnten die schwersten Schädigungen entstehen, wenn man wieder einmal tief einschneidende Gesehe schaffen wollte, bevor die ganze Sachlage bis auf den letzten Grund durchforscht und erkannt ist. So etwas ist natürlich den Scharfmachern aus dem Herzen gesprochen. Erwägungen waren bisher schon ein bewährtes Mittel, die Erfüllung berechtigter Forderungen auf die lange Bank zu schieben. Wird auch die Sozialpolitik versagt, bis "die ganze Sachlage bis auf den letzten Grund durchforscht und erkannt ist", dann bedeutet das praktisch eine Vertagung bis zum St. Nimmerleinstag.

Herr Doormann hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Sozialpolitik das Stadium, in dem es sich allein um die Lage der Lohnarbeiter gehandelt habe, nunmehr überwunden hätte und die Interessen des ganzen Volkes im Auge behalten muß. Die "Arbeitgeber-Zeitung" spinnt diesen Faden gleich weiter und führt aus, daß sich die Verhältnisse so gründlich geändert hätten, daß nicht mehr die Lohnarbeiter in erster Linie einer sozialpolitischen Fürsorge bedürfen. Das ist nur eine Umschreibung des geflügelten Wortes von der gestillten Kompositischäffel. Die künftige Sozialpolitik muß sich zur Richtschnur nehmen, daß sie "auch diejenigen unterstützen oder doch sorgsam vor jeder Schädigung bewahren muß, durch deren Wirken und Schaffen die eigentlichen Quellen des Volkswohlfandes, des wirtschaftlichen und technischen Fortschrittes erschlossen werden". Welche Kreise damit gemeint sind, vertritt die "Arbeitgeber-Zeitung" nicht. Da sie aber diese Fürsorgebedürftigen in Gegensatz zu den Arbeitern bringt, die keiner weiteren sozialpolitischen Fürsorge bedürfen, so meint sie offenbar die ändern.

Ein sehr wichtiges Argument gegen die Sozialpolitik ist, daß sie Geld kostet. "Es gibt keinen sozialpolitischen Fortschritt, der nicht entweder positive Aufwendungen erfordert oder negativ wenigstens vorübergehend Ausfälle bringt." Da nach dem Kriege an die Kapitalkraft des deutschen Volkes und vornehmlich des deutschen Unternehmertums ganz gemaltige Anforderungen gestellt werden müssen, ist es nur logisch, wenn auf alle Aufwendungen zur Fortführung der Sozialpolitik verzichtet wird. Herr Doormann allerdings empfiehlt als ein Mittel zur rationellen Ausnutzung der Arbeitskraft die Verkürzung allzulanger Arbeitszeit. Da macht die brave "Arbeitgeber-Zeitung" nicht mit, und sie warnt eindringlich, den Rat zu hören, der den Staats- und Gemeindebehörden eine eifrige sozialpolitische Betätigung empfiehlt. Aus Rücksicht auf die privaten Unternehmer müsse auch hier Zurückhaltung geübt werden. Die "Arbeitgeber-Zeitung" schiebt ihre Betrachtungen mit Worten warmer Anerkennung für die gelben Arbeiterverbände, die den Bestrebungen der Unternehmer für die Rückwärtsbewegung der Sozialpolitik so großes Verständnis entgegenbringen.

Für die Arbeiter aber, denen das Wohl ihrer Klassen-genossen am Herzen liegt, bedeuten die Gedanken der "Arbeitgeber-Zeitung" über die künftige Gestaltung der Sozialpolitik eine ernste Warnung. Es sind einflussreiche Kreise, die in jedem beschriebenen Fortschritt eine Gefahr für ihre Vorrechte erblicken. Und wie mit der Sozialpolitik, so steht es mit allen Fragen der inneren Politik. Wenn wir die Widerstände überwinden und eine Neuorientierung durchführen wollen, dann müssen wir unsere Organisationen auf der Höhe ihrer

Leistungsfähigkeit erhalten. Die Uneinigkeit der Arbeiter bedeutet den Triumph ihrer Feinde.

Gegen die Ausbeutung Kriegsbeschädigter. Folgende beachtenswerte Bekanntmachung erließ soeben der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst v. Kessel: „Am der Gefahr einer Ausbeutung der Kriegsbeschädigten durch private Unternehmer und einer den wirklichen Interessen der Kriegsbeschädigten nicht entsprechenden Berufsberatung vorzubeugen, bestimme ich hiermit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand: Es ist verboten 1. die öffentliche Ankündigung privater Lehrgänge, welche zum Zwecke der Berufsbildung Kriegsbeschädigter eingerichtet oder bestimmt und von der zuständigen Provinzialstelle für die Kriegsbeschädigtenfürsorge (für die Stadt Berlin dem Magistratskommissar für die Kriegsbeschädigtenfürsorge, für die Provinz Brandenburg dem Landesdirektor) nicht ausdrücklich anerkannt und zugelassen sind; 2. jede mündliche oder schriftliche Aufforderung an Kriegsbeschädigte zur Teilnahme an privaten Lehrgängen der zu 1. genannten Art; 3. jedes einem Kriegsbeschädigten geltende öffentliche oder persönliche (schriftliche oder mündliche) Angebot zum Vertriebe von Waren jeglicher Art; 4. Kriegsbeschädigten Werkzeuge, Maschinen, Musikinstrumente oder andere dem Erwerbe dienende Gegenstände gegen Sicherheitsleistung oder auf Abschlagszahlung zum Kauf ohne vorherige ausdrückliche Aufforderung des Käufers anzubieten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernden Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu M. 1500 bestraft.“

Kongress für Kriegsbeschädigtenfürsorge Cöln 1916. In Verbindung mit der Ausstellung für Kriegsbeschädigtenfürsorge Cöln 1916 wird zu Cöln ein Kongress der Kriegsbeschädigtenfürsorge stattfinden, der vom 21. bis 26. August in den verschiedenen Sälen des „Gürzenich“ tagen wird. Die Reihenfolge der Tagungen wird bestritten von der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge, der Cölnener Akademie für praktische Medizin in Verbindung und mit Unterstützung des Kriegsministeriums und dem Reichsausschusse der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Sitz Berlin.

An diese Haupttagungen des Kongresses der Kriegsbeschädigtenfürsorge schließen sich die Sondertagungen provinzieller und lokaler Organisationen an. Bisher haben solche Tagungen angemeldet: Die Privatangestelltenverbände Cölns, zusammengeschlossen im Reichsausschusse der kaufmännischen und technischen Verbände Cölns, die deutschen Gewerkschaften der Dürsch-Dünckerfcher Richtung, der Bund deutscher Bodenreformer, der rheinische Blindenfürsorgeverein, die rheinische Landwirtschaftskammer, die christlichen und die freien Gewerkschaften, die katholischen Gesellenvereine, die Rheinisch-Westfälische Handwerkerkammer, der Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsanwaltschaften.

Alle weiteren Anfragen, insbesondere solche über Beteiligung und Teilnahme am Kongresse seitens der Verbände und Einzelpersonen, sind an die Kongressgeschäftsstelle: Cöln, Rheingasse 6, zu richten.

Genossenschaftliches.

Die Kriegswaisenversicherung der Volksfürsorge. Die Gelegenheit gibt, auf dem Wege der Versicherung Kinder von gefallenen Kriegern Lehrgeld-, Militärdienst- oder Aussteuerbeihilfen zu schaffen, kann allen Kriegserfrauen mit gutem Gewissen empfohlen werden. Wenn im einzelnen Falle das Eingehen der Verpflichtung einer regelmäßigen Prämienzahlung für die Mutter oder für sonstige Freunde von Kriegswaisen nicht möglich ist, so ist in Verbindung mit der Kriegsversicherungskasse ein geeigneter Weg möglich gemacht. Wenn für einen Kriegsteilnehmer bei der Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge ein oder mehrere Anteilsscheine gelöst werden, so steht nach Schluß des Krieges der Familie des im Kampfe gefallenen Kriegsteilnehmers eine Versicherungssumme in einer Höhe zu, die in den meisten Fällen ganz, in andern Fällen sicher zum größten Teil ausreichen wird, um für die hinterbliebenen Kriegswaisen die zum Abschluß einer Kriegswaisenversicherung bei der Volksfürsorge notwendige einmalige Prämienzahlung leisten zu können. Auf diese Weise ist es möglich, für die Zahlung von M. 5 oder M. 10 nach Beendigung des Krieges den Abschluß von Kriegswaisenversicherungen ohne weitere Prämienzahlung zu ermöglichen. Die Freunde der Volksfürsorge im Reich möchten wir ganz besonders auf diesen Weg hinweisen. Jede Arbeiterfamilie, deren Ernährer im Felde steht, wird nach dem Krieg eine Sicherstellung der Kinder mit Freuden begrüßen, und keine Familie sollte deshalb verjähren, durch die Beteiligung bei der Kriegsversicherungskasse sich für den Fall des Todes ihres Ernährers die leichte Durchführung einer Kriegswaisenversicherung zu ermöglichen.

Bei der Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge waren am 31. Juli 1916 für 49 776 Kriegsteilnehmer 73 653 Anteilsscheine gelöst und dafür M. 368 415 eingezahlt worden. Diese Summe kommt nach Schluß des Krieges reiflos unter die Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Versicherten zur Verteilung.

Vom Ausland.

Die österreichischen Gewerkschaften während des Krieges. Wie nicht anders zu erwarten war, haben auch die österreichischen Gewerkschaften schwer unter den Kriegsvoraussetzungen gelitten. Immerhin kann aber konstatiert werden, daß sich die weitgehenden Befürchtungen, die vielfach zu Beginn des Krieges gehegt wurden, als übertrieben erwiesen haben. Die Organisationen haben die schwere Belastungsprobe bestanden und sie können mit einer gewissen Ruhe den kommenden Ereignissen entgegensehen. Den schwersten Stoß erlitten die Gewerkschaften im Jahre 1914. Obwohl die Zahl der Unbeschäftigten im Jahre 1915 kaum wesentlich geringer

war als im ersten Kriegsjahr, blieb der Mitgliederverlust ganz bedeutend hinter dem des Jahres 1914 zurück. Dazu bewirkte die Steigerung des Geschäftsganges, zumal in der Rüstungsindustrie, daß sich der Aufsturm an die Rassen der Gewerkschaften im zweiten Kriegsjahr bedeutend verminderte. Die österreichischen Gewerkschaften sind schon seit einer Reihe von Jahren aus der Beunruhigung nicht herausgekommen. Seit der Jahrhundertwende begann eine kräftige Entwicklung der Gewerkschaften. Von 119 060 Mitgliedern im Jahre 1901 wuchsen die Organisationen ständig bis 228 099 im Jahre 1906. Das folgende Jahr brachte eine Verdoppelung der Mitgliederzahl auf 448 270 und das Wachstum hielt auch im Jahre 1907 noch an, das mit 601 094 Mitgliedern den bisher erklommenen Höchststand der Bewegung brachte. Das Jahr 1908 brachte mit dem Aufkommen der tschechischen Separatistenbewegung einen Rückschlag, und im Jahre 1909 umfaßten nach der Abspaltung der Separatisten die der Reichsgewerkschaftskommission angeschlossenen Gewerkschaften nur noch 416 266 Mitglieder. Der später wieder einsetzende Aufschwung ermöglichte es, das Jahr 1912 mit 428 863 Mitgliedern abzuschließen. Die Balkankriegsstrife, unter welcher die österreichische Industrie stark zu leiden hatte, blieb nicht ohne Einfluß auf die Gewerkschaften. Deren Mitgliederzahlen gingen im Jahre 1913 auf 416 195 zurück. Dann kam der getäubende Schlag des Weltkrieges. Die Gewerkschaften verloren im Jahre 1914 174 514 Mitglieder, am Jahreschluß waren nur noch 240 681 vorhanden. Der Rückschlag hielt auch im Jahre 1915 an, aber die Mitgliederzahl verminderte sich nur um 68 568, so daß die Jahresrechnung mit 177 118 Mitgliedern abschließt. Insgesamt haben die österreichischen Gewerkschaften während des Krieges 288 082 Mitglieder oder 57,8 pZt. ihres früheren Bestandes verloren. Wenn man in Betracht zieht, daß rund 200 000 Gewerkschaftsmitglieder unter den Waffen stehen, dann wird man zugeben müssen, daß sich die österreichischen Gewerkschaften im großen und ganzen recht gut gehalten haben.

Ein wunder Punkt ist die Organisationsstreuung der weiblichen Mitglieder. Obwohl auch in Oesterreich die Frauenarbeit während der Kriegsbauer eine gewaltige Steigerung erfahren hat, ist die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ganz bedeutend zurückgegangen. Im Jahre 1913 zählte die Verbände 42 979, im Jahre 1915 nur noch 25 689 weibliche Mitglieder, also ein Rückgang um 40,2 pZt. Bei den männlichen Mitgliedern betrug der Rückgang von 372 216 im Jahre 1913 auf 151 424 im Jahre 1915 220 792 oder 59,3 pZt. Im Jahre 1913 bildeten die weiblichen Mitglieder 10,4 pZt. des Gesamtbestandes, im Jahre 1915 14,5 pZt.

Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften hatten im Jahre 1913 Kr. 10 086 521 betragen; im Jahre 1914 gingen sie auf Kr. 8 274 012 zurück und im Jahre 1915 erfuhren sie eine weitere Verminderung auf Kr. 4 979 997. In entsprechender Weise bewegten sich auch die Ausgaben, die von Kr. 10 068 297 im Jahre 1913 auf Kr. 9 922 801 im Jahre 1915 zurückgingen. Die im Jahre 1914 eingetretene Vermögensverminderung war am Schluß des Jahres 1915 nahezu ausgeglichen. Die Gewerkschaften verfügten Ende 1915 über einen Vermögensbestand von Kr. 14 857 000. Dieses günstige finanzielle Ergebnis ist hauptsächlich durch die verminderte Anforderung an Arbeitslosenunterstützung erzielt. Diese hatte erforderlich: 1913 Kr. 1 408 087, 1914 Kr. 2 204 801, 1915 Kr. 8 028 780, im Jahre 1915 aber nur Kr. 504 617. Bei der Kassengebarung der österreichischen Gewerkschaften ist zu beachten, daß diese aus Rücksicht auf die bestehenden Gesetze gezwungen sind, neben den Gewerkschaften in sogenannten „freien Organisationen“ Widerstandsfonds zur Führung ihrer Lohnkämpfe anzusammeln. In den Abrechnungen der Gewerkschaften treten somit die Einnahmen und Ausgaben der Widerstandsfonds nicht in Erscheinung.

Die Mitglieder der Gewerkschaften verteilen sich auf 52 Zentralverbände und 22 Landes- oder Lokalvereine mit zusammen 2665 Ortsgruppen. Im Jahre 1913 existierten 4189 Ortsgruppen. Die stärksten Verbände waren die Eisenbahner mit 38 013, die Metallarbeiter mit 28 606 und die Textilarbeiter mit 26 529 Mitgliedern. Sehr ungleich verteilen sich die Mitglieder auf die einzelnen Kronländer. Der Löwenanteil mit 67 462 oder 38,08 pZt. der Gesamtzahl entfällt auf Wien, dann folgt Böhmen mit 40 432 oder 22,83 pZt. In weitem Abstand kommt Niederösterreich mit 16 798 oder 9,48 pZt., Steiermark mit 13 228 oder 7,52 pZt., Mähren mit 11 943 oder 6,74 pZt., Schlesien mit 8520 oder 4,81 pZt., Oberösterreich mit 6344 oder 3,59 pZt. der Gewerkschaftsmitglieder. Auf die andern Kronländer entfallen je weniger als 2 pZt. Diese Zahlen geben einen ungefähren Anhalt für die Beurteilung der Verteilung der Industrie in Oesterreich. Außerhalb Wiens hat die gewerkschaftliche Agitation mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Trotz der durch den Krieg bewirkten Mitgliederverluste gewährt der Stand der Gewerkschaften Oesterreichs am Schluß des Jahres 1915 ein befriedigendes Bild; es rechtfertigt die Erwartung, daß nach der Wiederkehr des Friedens auch die gewerkschaftlichen Organisationen in Oesterreich einen kräftigen Aufschwung nehmen werden.

Verschiedenes.

Geschäftsdeutsch in Wilna. Die „Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins“ berichtet von den folgenden Inschriften auf Straßenschildern in Wilna: Kurswaren und Kolonial-Geschäft, Cohnkurrenz-Lohse Galanterie, Pastamenturen, Nagen und Nüssen, Damen Hüte, Fabrik von künstlicher Blumen, Werkstaat, Parfümerie, Anname zum Bestellungen und Reparieren, Gudaten vir Schneider & Nethern, Schweißwaren, Deutsches Bäckerei & Conditerei, Frühfrüh Mittag Abendbrout, Hiner Vater Handlung, Wäscherei, Militäre fetten, Eiswill, Schweiz- und Wommenbad Diana.

Fachtechnisches.

Bekanntmachung, betreffend Aenderung der Bekanntmachung über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Oelen und Fetten zu technischen Zwecken vom 6. Januar 1916. Der Bundesrat

hat auf Grund des § 8 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 folgende Verordnung erlassen:

Artikel I.
Die §§ 1 und 2 der Bekanntmachung über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Oelen und Fetten zu technischen Zwecken vom 6. Januar 1916 erhalten folgende Fassung:

§ 1. Butter, Butterschmalz, Margarine, Kunstschmelz, Speck sowie Rinder-, Schaf- und Schweinefett in jeglicher Form dürfen zu technischen Zwecken nicht verarbeitet oder sonst verwendet werden.

Das Verbot findet auf die Herstellung von Nahrungsmitteln keine Anwendung.

§ 2. Pflanzliche und tierische Oele und Fette sowie aus diesen gewonnene Oel- und Fettsäuren dürfen zur Herstellung von Seife und andern Waschmitteln, die genannten Oele und Fette auch zur Herstellung von Leder jeder Art nicht verarbeitet oder sonst verwendet werden. Die genannten Oele und Fette dürfen nicht gespalten werden.

Artikel II.
Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 21. Juli 1916.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Helfferich.

Patentsachen. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt. Auskünfte frei. Angemelte Patente: Kl. 29h. Kl. 42 010. Dr. Otto Böhm, Darmstadt; Erfindung für trocknende Oele als Bindemittel für Farben, Firnisse und Imprägnierungsmittel. Ang. 4. 6. 15.

Erteilte Patente: Kl. 82a. 31. 298 348. Sebastian Schieren, Cöln-Junkersdorf; Gasmuffelofen für Glas-, Porzellan- und andere einzubrennende Materien. Ang. 9. 2. 18. Gebrauchsmuster: Kl. 9. 648 695. Franz Gaede, Berlin; Flüssigkeitsfänger für Pinsel. Ang. 24. 6. 14. — Kl. 75b. 648 960. Carl Sprengelstein, Essen; Vorrichtung zum Auftragen von Farben oder Lacken oder dergleichen auf Seile oder dergleichen. Ang. 16. 6. 16.

Literarisches.

„Die Glocke“, sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben erschienene neunte Heft des zweiten Jahrgangs dieser aktuellen Wochenschrift enthält folgende Artikel: Heinrich Schulz: Der 4. August. Hermann Kranold: Die Pariser Beschlüsse. A. Löffl: Neun Jahre Volkvertretung in Rußland (1. Teil). Julianus: Russische Praktiken in Polen. Joseph Schwarz-Budapest: Wer wollte den Krieg? Glossen: Von der Unmöglichkeit der Kriegsbildung; Organismus und Mechanismus; Der Krieg wäre längst zu Ende. Die Woche. — Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich M. 2,50 bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

„Arbeiter-Jugend“. Die soeben erschienene Nr. 16 des achten Jahrgangs hat unter anderem folgenden Inhalt: Ferien für die Arbeiterjugend. — Ein Unternehmerorgan gegen Arbeiterferien. — Mein erster Festtag. Von Hermann Drechsler. — Die Waisenausschreier der Hinterbliebenenversicherung. Von Fr. Kleis. — Ein tausendstel Sekunde. Von H. G. Bürgel (Mit Abbildungen). — Bewegung. Gedicht von Max Barthelemy (im Feld). — Die Willensfreiheit. Von Hans Warkwald. — Die Gasse. Von Oskar Wöhrl (im Feld). — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage.

Technik für Alle. Technische Monatshefte für Bau- und Maschinenbau, Bergbau, Kriegswesen, Flug-, Schiffs- und Verkehrstechnik, Handel, Industrie und Volkswirtschaft. Jahrgang 1916/17, Heft 2—4. Vierteljährlich M. 1,25. (Stuttgarter Franch'sche Verlagsbuchhandlung.)

Deutscher Bauarbeiterverband. 33 Hefte zur Arbeitszeit im Baugewerbe 1915/16. Verlag Deutscher Bauarbeiterverband, Hamburg 1916.

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse vom 1. bis 5. August.
Eingefandt wurde: Biegnitz M. 100, Hebronn 94,00, Elberfeld 100, Karlsruhe 150, Altenburg 150, Halle 200, Nordhausen 50, Cottbus 67,60, Spandau 205,40, Kiel 600.

Material wurde verkauft (B = Beitragsmarken, V = Vorklasse, E = Eintrittsmarken.) Altenburg 400 B à 75 Pf., 400 B à 115. Braunschweig 400 B à 80, 400 B à 100, 800 B à 120, 80 E. Bremen 50 E. Breslau 200 V à 50, Cöln 800 B à 75, 1200 B à 115. Danzig 800 B à 120, 200 B à 10. Darmstadt 1000 B à 80, 400 B à 100, 1600 B à 120, 20 E. Dessau 10 E. Dortmund 200 B à 120. Elberfeld 400 B à 80. Erfurt 200 B à 80, 200 B à 100, 200 B à 120. Gotha 4000 B à 70, 100 B à 10, 400 V à 50. Göttingen 200 B à 80. Guben 100 B à 70. Halle 800 B à 80, 400 B à 100, 1200 B à 120, 100 B à 10. Hildesheim 400 B à 75. Jena 800 B à 70, 200 B à 90, 100 B à 110. Kolberg 100 B à 75. Königsberg 50 E. Siegnitz 200 B à 70. Riesa 400 B à 80, 800 B à 120. München 50 E. Neercorn 10 E. Neumünster 400 B à 125. Nordhausen 200 B à 80. Nürnberg 1200 B à 125. Posen 200 B à 80. Potsdam 400 B à 70, 20 E. Saarbrücken 200 B à 80, 100 B à 100, 100 B à 120. Schwerin 800 B à 85, 1200 B à 125, 20 E. 200 Extramarken à 25. Stettin 200 B à 80. Straßburg 400 B à 85, 400 B à 125. Thorn 100 B à 75. Werdau 400 B à 75. Wismar 200 B à 80, 100 B à 120. Zwickau 100 B à 10.

Die Woche vom 14. bis 19. August ist die 33. Beitragswache. O. Wenker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 32 des „Correspondenzblattes“ bei.